

Presseinformation 94-20

LBV: Gewaltiger Rückschritt in der EU-Agrarpolitik zeichnet sich ab Arten und Lebensräume drohen zu verschwinden

Hilpoltstein, 21.10.20 – Am gestrigen Dienstagabend stimmte eine Mehrheit der EU-Abgeordneten gegen grundlegende Reformen der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) für die Jahre 2023 bis 2027. Auch die Agrarministerkonferenz unter Vorsitz von Julia Klöckner hat äußerst schwache Änderungen an der Agrarpolitik beschlossen. LBV-Vorsitzender Dr. Norbert Schäffer: „Dies ist ein gewaltiger Rückschritt für den Umwelt- und Klimaschutz. Mit Blick auf die sich weiter verschärfende Klima- und Artenkrise hätte es jetzt eine grundlegende Reform gebraucht. Das EU-Parlament hätte dafür sorgen müssen, dass auf allen Betrieben ausreichend Raum für die Natur zur Verfügung steht. Außerdem sollten Landwirte belohnt werden, die klima- und naturverträglich arbeiten. Mit dem, was gestern verabschiedet wurde, droht das Verschwinden vieler gefährdeter Arten und Lebensräume. Auch in der Klimakrise darf es keine Kompromisse geben.“

Die Konservativen, Sozialdemokraten und Liberalen haben einen aus Umweltsicht fatalen Deal durchgesetzt. Besonders schwer wiegt der Beschluss, dass Betriebe nicht verpflichtet werden, produktionsfreie Flächen für die Natur bereitzustellen – obwohl die Wissenschaft dies als Grundvoraussetzung für den Erhalt von Insekten und Feldvögeln wie Rebhuhn, Kiebitz und Feldlerche ansieht. „Im Vergleich zur letzten Reform sieht der LBV bei diesem Punkt keinerlei Fortschritt“, so Schäffer.

Die Agrarminister*innen haben beschlossen, nur 20 Prozent des Hauptbudgets für die sogenannten *eco-schemes* zu verwenden und bleibt damit weit hinter dem Vorschlag der Kommission zurück. „Der Agrarministerbeschluss kann nicht als Durchbruch gefeiert werden, sondern bedeutet in Wahrheit Versagen bei der Bewältigung von Arten- und Klimakrise“, kritisiert Schäffer. „Ob sich auf diese Weise die Natur auf Bayerns Äckern und Wiesen erholen kann, ist äußerst fraglich.“

Nach dem aus ökologischer Sicht katastrophalen Votum bleibt den EU-Abgeordneten bei den finalen Abstimmungen in den nächsten Tagen nur noch die Möglichkeit, für eine klare Verknüpfung der Agrarpolitik mit den Zielen des Green Deal und des Pariser Klima-Abkommens zu sorgen. Die entsprechenden Anträge stehen voraussichtlich am Mittwoch zur Abstimmung (AM1199 und AM808).

Für allgemeine Rückfragen LBV-Pressestelle:

Markus Erlwein | Stefanie Bernhardt, E-Mail: presse@lbv.de, Tel.: 09174/4775-7180 | -7184. Mobil: 0172-6873773.

Kostenfreie Bilder zu dieser Pressemitteilung finden Sie unter www.lbv.de/presse. Bitte beachten Sie den dortigen Hinweis zur Verwendung.

Möchten Sie keine Pressemitteilungen von uns mehr erhalten, schreiben Sie bitte eine kurze E-Mail an presse@lbv.de.